

HESSISCHER LANDTAG



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in der zurückliegenden Plenarwoche hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag eine einschneidende Veränderung erlebt: Unsere bisherige Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser wurde von Olaf Scholz als Bundesministerin des Innern und für Heimat in die Bundesregierung berufen. Das ist ein Beweis für das hohe Ansehen und das große Vertrauen, das Nancy Faeser beim neuen Bundeskanzler und in der Bundes-SPD genießt. Wir freuen uns mit ihr über die Berufung in das neue Amt und wünschen ihr viel Erfolg und stets eine glückliche Hand bei der Bewältigung der Herausforderungen, die damit verbunden sind. Mit ihrem Wechsel in die Bundesregierung hat Nancy Faeser ihr Landtagsmandat und damit auch den Vorsitz unserer Landtagsfraktion aufgegeben. Am Dienstag dieser Woche haben mich die Mitglieder der SPD-Fraktion zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Ich freue mich auf die Arbeit in meinem neuen Amt, das viele politische Möglichkei-

ten bietet. Gemeinsam wollen wir, die 29 SPD-Abgeordneten im Hessischen Landtag, unseren Beitrag dazu leisten, die Weichen für einen Regierungswechsel in unserem Land zu stellen. Denn dass Hessen eine andere Regierung braucht, hat diese Plenarwoche erneut bewiesen: Die schwarzgrüne Koalition ist inhaltlich und personell ausgelaugt. Statt kraftvoll die Zukunft zu gestalten, reicht es bei CDU und Grünen nur noch dazu, die Dinge lustlos zu verwalten. Das ist nicht genug.

Die Fraktion wird in enger Abstimmung mit Nancy Faeser, die auch als Bundesinnenministerin Vorsitzende der SPD Hessen bleibt, deutlich machen, dass es eine gute Alternative zu Schwarzgrün gibt: Eine Landesregierung unter unserer Führung. Daran arbeiten wir gemeinsam und solidarisch.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Günter Rudolph

HESSEN BRAUCHT EINE PROAKTIVE CORONA-POLITIK

REGIERUNGSERKLÄRUNG ZU CORONA



„Mit ihrer Corona-Politik laufen Sie im Kampf gegen das Virus nur hinterher“, kritisierte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, die Landesregierung vor dem Hessischen Landtag. Hessen stehe aktuell kurz vor einer Katastrophe, die Intensivbetten in den Krankenhäusern würden knapp, Ärzte und Pflegepersonal kämen an ihre Grenzen. Zu allem Über-

fluss sei Hessen im Bundesvergleich derzeit Vorletzter bei den Booster-Impfungen. Vor diesem Hintergrund sei es eine Unverschämtheit, dass Sozialminister Klose sich „hochzufrieden“ mit der Impfkampagne zeige. „Ob beim Impfen, Testen, bei der Ausstattung von Schulen, Behörden und vor allem der Gesundheitsämter, Hessen hinkt überall hinterher“, sagte Sommer. Sie warf der Landesregierung vor, nicht ausreichend auf die Wissenschaft zu hören und den Menschen in Hessen falsche Versprechungen zu machen. Zudem sei die Hospitalisierungsinzidenz in Hessen falsch angelegt und greife zu spät. Statt aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben, habe man die Impfzentren ge-

schlossen und damit nun wieder Engpässe verursacht. „Wir brauchen dringend eine proaktive Landesregierung, die beherzt handelt. Wir brauchen eine Regierung, die sich nicht mit falschem Eigenlob beschäftigt, sondern aus Fehlern lernt und nicht weiterhin unvorbereitet von einer Welle in die nächste stolpert“, sagte Sommer. Die Alleingänge des Corona-Kabinetts würden offensichtlich ohne Einbindung des Parlaments nicht funktionieren. Sommer betonte, dass die SPD-Fraktion konkrete Maßnahmen vorgeschlagen habe und für parlamentarische Zusammenarbeit im Kampf gegen Corona jederzeit zur Verfügung stehe. „Man muss nur mit uns reden und nicht an uns vorbei handeln.“

HESSENS KOALITION DES STILLSTANDS

„Das Motto ‚Mehr Fortschritt wagen‘ täte auch Hessen gut. Stattdessen verharrt die schwarzgrüne Landesregierung in Lethargie“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, in der Generaldebatte zum Haushalt 2022. Ganz offensichtlich habe sich das Kabinett von Ministerpräsident Bouffier entschieden, den Stillstand zu verwalten, statt die Zukunft zu gestalten. „Im Spätherbst seines politischen Daseins muss Volker Bouffier zusehen, wie sein Einfluss schwindet“, stellte Rudolph fest. Besonders kritisch sehe er den Umgang der Landesregierung mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes zum so genannten „Corona-Son-

dervermögen“, das die Richterinnen und Richter als verfassungswidrig eingestuft hatten. Auch in der Corona-Pandemie sei Schwarzgrün gescheitert – nicht haushaltsrechtlich, sondern auch an der politischen Dimension des Virus. „Wir erleben einen Ministerpräsidenten, der beschwichtigt und zögert und das als „Besonnenheit“ verkauft. Einen Gesundheitsminister, der am liebsten darauf wartet, dass Berlin für ihn entscheidet. Einen Innenminister, der die erste Impfkampagne ins Chaos geführt hat und ausgerechnet dann, als sie wieder gebraucht wurden, die Impfzentren hat schließen lassen. Das ist das genaue Gegenteil von



Führung in der Krise“, sagte Rudolph. CDU und Grüne ließen keine Idee für die Gestaltung der Zukunft erkennen: „Die drängenden Zukunftsfragen kraftvoll anzugehen, das wäre die Pflicht einer verantwortungsvollen Landesregierung. Aber dazu müsste man Mut haben, Zuversicht und eine Idee von dem, was kommt – und genau fehlt dieser Landesregierung.“

FÜR EIN TOLERANTES, WELTOFFENES HESSEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



WIR BRAUCHEN AUCH IN HESSEN EIN ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ.

HEIKE HOFMANN

HESSEN
SPD
LANDSFRAKTION



Heike Hofmann und Turgut Yüksel forderten in einer Aktuellen Stunde ein Antidiskriminierungsgesetz für das Land Hessen. Hofmann: „Tagtäglich werden Menschen wegen der Hautfarbe, der Herkunft, Religion oder der sexuellen Orientierung diskriminiert, herabgewürdigt und somit verletzt. Die Tendenz steigt“, legte Hoffmann in der anhand von Zahlen der Bundesantidiskriminierungsstelle dar. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz des Bundes und der Bundesantidiskriminierungsstelle könnten Fortschritte im Kampf gegen Diskriminierung erzielt werden. „Wir fordern ein eigenes hessisches Antidiskriminierungsgesetz, um der massiven Zunahme von Diskriminierung und Ausgrenzung begegnen zu können“, fügte Turgut Yüksel, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hinzu. „Ein hessisches Gesetz könne Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz schließen, die Chancengleichheit fördern, die gesamte öffentliche Verwaltung binden und vor allem bei Verstößen Sanktionen vorsehen. Hofmann und Yüksel forderten flächendeckende, dezentrale Antidiskriminierungsstellen, die weit über die

Stabsstelle im Hessischen Sozialministerium hinausgehen. Diese dezentralen Stellen müssten leicht und niedrigschwellig erreichbar sein, damit sich betroffene bestmöglich Gehör verschaffen können.

ARBEITSPLÄTZE SICHERN STATT PSEUDO-SKANDALE ABBAUEN

Auf eine Aktuelle Stunde der Fraktion der Linken zur Kaliproduktion in Hessen erwiderte Tanja Hartdegen, zu deren Wahlkreis das Kallerevier gehört: „Es kann nicht oft genug betont werden: Bei dem Schreiben der Staatsanwaltschaft Meinigen, aus dem die LINKE gerne zitiert, handelt es sich um eine Einstellungsverfügung. Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, weil es keinen hinreichenden Tatverdacht gab und die Ermittlungen nicht zu der Feststellung einer strafbaren Handlung konkreter Personen geführt haben.“ Das Oberlandesgericht (OLG) Jena habe den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung eines Hauptverfahrens abgelehnt und sogar festgestellt, dass die Durchsuchungen bei K+S rechtswidrig waren. „Warum die Fraktion der Linken sich nun einseitig die Argumente dieser Staatsanwaltschaft zu eigen macht, bleibt ihr Geheimnis. Nicht in Vergessenheit geraten sollte jedoch, dass K+S in der Region für über 4.000 tarifgebundene, mitbestimmte und höchsten Sicherheitsstandards unterliegende Arbeitsplätze steht. Für diese zu kämpfen



und diese zu sichern, ist und bleibt Ziel der hessischen Sozialdemokratie“, so Hartdegen.

LANDESREGIERUNG MUSS KONSEQUENZEN AUS DOPPELTEM VERFASSUNGSBRUCH ZIEHEN

Innerhalb eines Monats haben der Staatsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof des Landes Hessen der Landesregierung durch zwei unabhängige Urteile bescheinigt, verfassungswidrig gehandelt zu haben: sowohl das Corona-Sondervermögen, als auch die Beamtenbesoldung entsprechen nicht den Vorgaben der Landesverfassung. Angelika Löber forderte in einer Aktuellen Stunde Konsequenzen: „Fehler werden gemacht, aber nicht die eigentlichen Fehler sind der Skandal, sondern der Umgang mit ihnen.“ Die Landesregierung habe auf die Warnungen und Vorschläge der Opposition mit Arroganz und Überheblichkeit geantwortet und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignoriert, das die Beamtenbesoldung in anderen Bundesländern für nicht verfassungskonform erklärte. Spätestens dann habe eine Überprüfung in Hessen erfolgen müssen. „Es macht mich wütend und traurig, dass erst Gerichte darüber entscheiden müssen, ob die Hessische Landesregierung unsere Verfassung einhält. Ziehen Sie endlich Konsequenzen. Für die Demokratie, die Verfassung und die Menschen in unserem Land.“



SELBSTBESTIMMUNGSRECHT WIEDERHERSTELLEN

SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTGESETZ



„In Hessen gibt es kaum noch Möglichkeiten einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen“, mahnte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg, in der Debatte zur Novellierung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes. Viele Ärzte und Ärztinnen gingen in den nächsten Jahren in Rente und hätten Probleme, eine Nachfolge für die Praxis zu finden, die auch Abbrüche vornehmen würde oder kann,

denn es sei kein verpflichtender Teil des Studiums. Nicht einmal an allen großen Kliniken des Landes würden Abbrüche durchgeführt. „Ein öffentlich finanziertes Krankenhaus muss sich an der Versorgung der Frauen in Konfliktlagen beteiligen“, so Gersberg. Auch Beratungsstellen fielen weg, ohne dass zeitnah die Lücke geschlossen werde. „Wir brauchen sofort einen Runden Tisch mit allen Akteurinnen und Akteuren und einen Handlungsplan: Wenn den Frauen gesetzlich vorgeschrieben wird, sich beraten zu lassen, bevor sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, dann muss das Land auch dafür sorgen, dass diese Beratung überall verfügbar ist“, sagte Gersberg. Die SPD-Fraktion hatte einen Änderungsantrag für das Gesetz vorgelegt, der die bislang nicht berücksichtigten Umstände miteinbezog.

LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG



In der Debatte zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes kritisierte Christoph Degen: „Die Landesregierung verharret in der Vergangenheit. Wir brauchen keine Minimalkompromisse, sondern grundlegende Veränderungen in der Lehrkräfteausbildung.“ Diese müsse den vielen Themen und Herausforderungen Rechnung tragen. Es sei keine Verbesserung, Demokratiebildung, Vielfalt, Inklusion, Ganzttag und Digitalisierung nur im Querschnitt zu behandeln, aber die bundesweit kürzeste Studiendauer beizubehalten. „Das Ziel bleibt, die Lehrkräftebildung tatsächlich zu reformieren. Wir hoffen, dass es uns gelingt, die Regierung in der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfs umzustimmen.“

LEISTUNG UNSERER BEAMTEN WERTSCHÄTZEN

BESOLDUNG VON LANDESBEAMTEN



In der Debatte über den Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen im Hessischen Landtag zur Anpassung der Besoldung und Ver-

sorgung der hessischen Landesbeamtinnen und Landesbeamten forderte Günter Rudolph: „Die Umsetzung und Anwendung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes auf die Landesebene ist eine langjährige und wiederkehrende Forderung der SPD. Nach Jahren von Nullrunden und Besoldungsanpassungen unterhalb des Inflationsausgleichs rühmt sich diese Landesregierung mit der im Vorfeld versprochenen Umsetzung des Tarifabschlusses zu

Unrecht ihres Handelns.“ Der Hessische Verwaltungsgerichtshof habe in seinem Urteil zur Beamtenbesoldung eindrücklich festgestellt, dass die Arbeit der Beamtinnen und Beamten von der Landesregierung nicht ausreichend gewürdigt und angemessen wertgeschätzt werde. „Wir fordern, dass der Innenminister auch hier zeitnah handelt. Neben der Anpassung der Besoldung für die hessischen Landesbeamtinnen und Landesbeamten ist dies zwingend geboten. Nicht zuletzt, um den öffentlichen Dienst als zukunftssträchtigen Arbeitgeber attraktiv zu halten“, so Rudolph.

WAHLEN ZUR BUNDESVERSAMMLUNG

GRUNDSTEUERMODELL IST UNGERECHT

In der abschließenden Lesung zur Neuregelung der Grundsteuer in Hessen sprach die Abgeordnete der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Esther Kalveram, von einem Modell, das Steuerungerechtigkeit fördert: „Schwarzgrün verschenkt bei der Grundsteuerreform einmal mehr die Gelegenheit, Hessen zukunftsfähig aufzustellen. Der vorliegende Gesetzentwurf wird dazu führen, dass eine in einem innenstadtnahen sozialen Brennpunkt gelegenen Immobilie dieselbe Steuerlast wie eine flächengleiche Villa in bester Stadtlage hat. Das ist ungerecht.“ Der Gesetzentwurf der Landesregierung ergänze das zugrundeliegende Flächenmodell zwar um einen Lagefaktor, aber diesem fehle die empirisch beleg-



bare Grundlage. Damit genüge der Gesetzentwurf nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes. Für die hessischen Kommunen bedeute dies, dass der hessische Sonderweg in der Grundsteuer die Gefahr rechtlicher Auseinandersetzungen und haushaltsrechtlicher Risiken berge. Hessen habe sich aber bei der Umsetzung eines durch die Länderöffnungsklausel möglichen eigenen Grundsteuergesetzes so viel Zeit gelassen, dass es nun zu spät sei, das genauere und gerechtere Bundesmodell umzusetzen. „Der hessische Sonderweg in der Grundsteuer belastet Mieter und begünstigt Reiche. Wir als SPD-Fraktion lehnen das hessische Modell entschieden ab“, so Kalveram.

Der Hessische Landtag hat während dieser Plenarwoche über die Mitglieder der 17. Bundesversammlung zur Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten im kommenden Februar abgestimmt. Für die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag werden neben der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Nancy Faeser und dem parlamentarischen Geschäftsführer Günter Rudolph die Landtagsabgeordneten Christoph Degen, Tobias Eckert, Lisa Gnadl, Heike Hofmann, Angelika Löber, Marius Weiß und Turgut Yüksel an der Bundesversammlung teilnehmen. Zudem entsendet die Fraktion mit Ajla Kurtović, der Schwester des am 19. Februar 2020 bei dem rassistischen Anschlag von Hanau ermordeten Hamza Kurtović, sowie Eintacht-Präsident Peter Fischer, zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung einsetzen.

ABSCHIED VON FAESER, BECHER UND STRUBE



Nicht nur unsere ehemalige Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser wendet sich als Bundesministerin des Inneren und für Heimat einem neuen Amt zu, auch für Frank-Tilo Becher und Manuela Strube war dies die letzte Plenarwoche. Wir

bedanken uns für die gute und langjährige Zusammenarbeit in der Fraktion und wünschen ihnen viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben als Oberbürgermeister von Gießen und Bürgermeisterin von Baunatal.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

Bilder:

Angelika Aschenbach,
Stefan Krutsch.